

„Die Dummheit des Jahrhunderts“: Belgischer Premierminister kritisiert EU-Dogma der grünen Energie

geschrieben von Andreas Demmig | 10. Februar 2026



Melissa O'Rourke, DCNF, Reporterin, 2. Februar 2026

Der belgische Premierminister Bart De Wever übte scharfe Kritik an der sogenannten „grünen Energie“-Agenda der EU und warnte davor, dass „dogmatische“ Klimapolitiken die Energiekosten in die Höhe treiben.

In einer öffentlichen Rede am Donnerstag argumentierte De Wever, dass jahrelange Fehlentscheidungen im Energiebereich Europa ärmer, schwächer und zunehmend abhängig von ausländischen Mächten gemacht hätten. Der Vorsitzende der rechtspopulistischen Neuen Flämischen Allianz sagte, Europas Energiewende habe weder billigere noch zuverlässigere Energie gebracht, sondern stattdessen China einen Wettbewerbsvorteil verschafft und die europäischen Verbraucher mit horrenden Stromrechnungen zurückgelassen.

„Wir haben uns das Leben extrem schwer gemacht“, sagte De Wever laut Brussels Signal . „Wir haben dogmatische Entscheidungen gegen die Kernenergie getroffen, was die größte Dummheit des Jahrhunderts war.“

De Wever, der Anfang 2025 sein Amt antrat, sagte, Europa habe mit seiner Energiestrategie die Prioritäten falsch gesetzt. Dieser Ansatz habe die Dinge „extrem verkompliziert, da Umweltauflagen es unmöglich machen, unseren eigenen Energiebedarf zu decken und seltene Mineralien in Europa abzubauen“, so das Nachrichtenportal.

Obwohl die Regierung von De Wever eine Rückkehr zur Kernenergie anstrebt, räumte der Premierminister ein, dass das Land „noch weit davon entfernt“ sei.

„Ich habe in Davos mit dem CEO von Engie [dem Energieunternehmen, das die belgischen Atomkraftwerke betreibt] verhandelt. Wenn man von glücklicher Vasallenschaft oder Sklaverei spricht, dann haben wir uns in eine sehr schwierige Lage gebracht.“ , sagte er in Anspielung auf frühere Bemerkungen darüber, dass Europa zu einem Vasallen der USA werde,

Trotz zunehmender Beweise für ein Versagen der Politik warnte De Wever

laut Brussels Signal davor, dass ideologisches Denken nach wie vor die Energieentscheidungen der EU dominiert.

„Technologienutralität gibt es in der EU-Politik noch immer nicht“

De Wever erklärte, die Diskrepanz sei beim Nordseegipfel im Januar deutlich geworden, wo europäische Staats- und Regierungschefs großangelegte Offshore-Windprojekte anpriesen. Hinter verschlossenen Türen hätten Branchenvertreter jedoch eingeräumt, dass Offshore-Windkraft teuer und unberechenbar sei. Ihr Lösungsvorschlag bestehend darin, überschüssige Energie zur Produktion von grünem Wasserstoff auf See zu nutzen.

„Das klingt genial“, sagte De Wever, „aber auch extrem teuer.“

Als der Premierminister die Führungskräfte fragte, was sie von den Politikern bräuchten, antworteten die Führungskräfte, dass Europa einen Markt für grünen Wasserstoff schaffen solle.

„Da fing ich an, mich wie in der Sowjetunion zu fühlen“, sagte De Wever laut dem Bericht. „Wenn Politiker Märkte schaffen müssen, bedeutet das in der Regel endlose Subventionen. ... Und wenn die Lebensader Ihrer Wirtschaft, die Energieversorgung, vollständig von Subventionen abhängt, dann sind Sie auf dem falschen Weg“.

De Wever kritisierte zudem die kostspieligen Pläne zum Bau von Offshore- „Energieinseln“ – die unter der Regierung des ehemaligen Premierministers Alexander De Croo vorangetrieben wurden – und bezeichnete sie als „realistische“ Projekte, die zu Energieengpässen führen. Laut Medienberichten merkte er jedoch an, dass er weiterhin verpflichtet sei, die bereits genehmigten Pläne umzusetzen.

De Wevers offene Äußerungen erfolgen nur wenige Wochen, nachdem Bundeskanzler Friedrich Merz eingeräumt hatte, dass der Atomausstieg des Landes ein „schwerer strategischer Fehler“ gewesen sei.

„Um wieder akzeptable Marktpreise für die Energieerzeugung zu erreichen, müssten wir die Energiepreise dauerhaft aus dem Bundeshaushalt subventionieren“, sagte Merz am 14. Januar vor Wirtschaftsvertretern und fügte hinzu: „Das können wir auf Dauer nicht tun.“

Alle Inhalte der Daily Caller News Foundation, einem unabhängigen und überparteilichen Nachrichtendienst, stehen seriösen Medienunternehmen mit großer Reichweite kostenlos zur Verfügung. Alle wiederveröffentlichten Artikel müssen unser Logo, den Namen des Reporters und dessen Zugehörigkeit zur DCNF enthalten. Bei Fragen zu unseren Richtlinien oder einer möglichen Partnerschaft kontaktieren Sie uns bitte unter licensing@dailycallernewsfoundation.org.

<https://dailycaller.com/2026/02/02/stupidity-of-the-century-european-pm-rips-eu-energy-dogma/>

Fundstücke zum Thema:

Staatliche Beihilfe

EU-Kommission genehmigt deutsche Milliardenförderung für saubere Technologien

Die Bundesregierung darf Investitionen in erneuerbare Energien mit drei Milliarden Euro fördern. Die Beihilfen sollen als Zuschüsse oder steuerliche Vorteile gewährt werden.

05.02.2026, 12.26 Uhr

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/eu-kommission-in-brussel-genehmigt-deutschland-darf-saubere-technologien-mit-milliarden-foerdern-a-3ab5a2c2-85b1-48bf-9e6c-1396703a8dcd>

Merz war noch in Brüssel, Pistorius musste früher los: Regierung aktivierte offenbar sechs Jets der Flugbereitschaft für Reisen nach Rom

Zu den Regierungskonsultationen in Italien sind Merz und sein Kabinett einem Medienbericht zufolge mit gleich sechs Jets der Flugbereitschaft angereist. Ein Grünen-Politiker übt scharfe Kritik.

Stand: 04.02.2026, 17:03 Uhr

<https://www.tagesspiegel.de/politik/merz-war-noch-in-brussel-pistorius-musste-fruher-los-regierung-aktivierte-offenbar-sechs-jets-der-flugbereitschaft-fur-reisen-nach-rom-15219956.html>
